

Calmer Beobachter

Nr. 156

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 750 Mt., Familienanzeigen 400 Mt., Reklamen 2000 Mt. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9

Samstag, den 7. Juli 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 10000 Mt. monatlich. Postbezugspreis 10000 Mt. ohne Postgeb. Einzelnummer 400 Mt. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die Verhandlungen des Reichskanzlers mit dem päpstlichen Vertreter in Berlin haben zu einer Erklärung des Reichskanzlers geführt, in der dieser die Sabotageakte mit der Verzeihung des Volkes begründet, aber in der Beurteilung derselben mit dem Papst einig geht. Die Verhandlungen sollen übrigens weitergehen.

Der Papst hat an Frankreich und Belgien ein Schreiben gerichtet, in dem er Vorstellungen wegen des Terrors aus Anlaß des Explosionsunglücks bei Duisburg erhebt. Die Antwort ist durch den Kommandierenden General indirekt dadurch erfolgt, daß er einer Abordnung von Duisburger Bürgern erklärt hat, die Strafmaßnahmen gegen die Stadt und die Geiseln würden nicht aufgehoben.

Auch heute liegen Nachrichten aller Art über den Stand der Verhandlungen bezüglich der Ruhr- und Reparationsfrage vor. Poincaré soll erklärt haben, eine gemeinsame Antwort der Alliierten an Deutschland soll nur in der Richtung möglich sein, daß man die Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet fordere. Der Charakter der Befehle des Ruhrgebiets könne ja dann geändert werden, aber nur entsprechend den deutschen Zahlungen.

Eine französische Meldung aus London will wissen, daß die englische Regierung in den nächsten Tagen mit einer Erklärung über ihre Reparationspolitik hervortreten werde. Wir werden diese Meldung angefaßt der halbamtlichen Mitteilung, daß die englische Regierung im gegenwärtigen Augenblick irgend welche öffentlichen Erklärungen nicht für praktisch halte, mit Vorsicht aufzunehmen haben.

Im Völkerbundsrat wurde in der Danziger Frage das Verhalten der polnischen Regierung verurteilt, in der Saargebietsfrage das Verhalten des französischen Präsidenten der Regierungskommission.

Zur Lage.

Die Verhandlungen zwischen Frankreich und England werden anscheinend intensiv betrieben, andererseits unterrichtet sich nach den Londoner Pressemeldungen die englische Regierung auch über die Auffassung der Kabinette in Rom und Brüssel durch die Londoner Botschafter dieser Mächte. Aus den sich oft direkt widersprechenden Kommentaren zu dem jeweiligen Ergebnis dieser Aussprache auch nur einen Bruchteil des tatsächlichen Standes der Verhandlungen zu erraten, ist äußerst schwierig, weil vielfach die Pressemeldungen über Unterredungen und deren Ergebnisse, ja sogar politische und diplomatische Aktionen lediglich zu dem Zweck unternommen werden, die Haltung und Absichten der beteiligten Regierungen zu verschleiern. Gerade in den letzten Tagen wurde seitens der öffentlichen Meinung Englands und der führenden politischen und wirtschaftlichen Faktoren geradezu ein Trommelfeuer gegen die französische Gewalt- und Eigensinnspolitik unterhalten, und direkt mit der Loslösung der englischen Politik von Frankreich gedroht, — genau so wie anlässlich der taktischen Offensive Lloyd Georges gegen Poincaré vor einem halben Jahre — und auch diesmal haben die Franzosen im letzten „Entscheidungskampfe“ mit einer psychologischen Gegenaktion geantwortet, indem sie die englischen Beschuldigungen, daß Frankreich die Lösung der Reparationsfrage hintertreiben wolle, mit einem Gegenhieb zu parieren suchten. Es wird nämlich von der französischen Presse behauptet, nicht Frankreich verzögere die Verständigung innerhalb der Entente sondern England, denn die englische Regierung kenne den französischen Standpunkt ganz genau, der dahin gehe, daß man auf dem Londoner Zahlungsplan von 1921 bestiehe. Dieser Zahlungsplan, dessen Annahme in Höhe von 132 Milliarden Goldmark uns durch ein Ultimatum der Alliierten aufgezwungen worden war, sieht einen Anteil von 46 Prozent für Frankreich vor, und einen solchen von 22 Prozent für England. Bekanntlich hat sich nun die englische Regierung schon vor einiger Zeit dahin ausgesprochen, daß England im Interesse einer Regelung des gesamten Reparationsproblems eventuell auf seinen Anteil verzichten würde. Die französischen Blättermeldungen stellen dagegen jetzt die Behauptung auf, die hinter der englischen Regierung stehenden Geschäftskreise würden nicht nur keinen Verzicht auf den Reparationsanteil zugestehen, sondern sie beständen heute sogar darauf, daß Deutschland 3 Milliarden mehr, insgesamt also 14

Milliarden zahlen müsse, damit England die Schulden an Amerika tilgen könne. England weigere sich deshalb dauernd, der französischen Regierung über diesen Punkt Aufklärung zu geben. Auch bezüglich der Befehle des Ruhrgebiets sei die heutige englische Regierung geneigt, diese als „vollendete Tatsache“ zu betrachten, und Baldwin und einige andere Mitglieder der Regierung seien sogar überzeugt, daß die Befehle noch lange Zeit notwendig sei, um von Deutschland Zahlungen zu erzwingen. Diese Lesart hört sich etwas anders an als die sonstigen Kundgebungen der letzten Zeit, die über den Kanal kommen, und wir müssen es den Engländern überlassen, sich zu dieser ersten Beschuldigung eines frevelhaften Doppelspiels der englischen Politik — es wäre nicht das erste Mal — zu äußern. Aber sei dem wie ihm wolle, die Hauptsache für uns ist, daß wir unsere Außenpolitik nicht auf politische Stimmungsmache von irgendwelcher Seite her einstellen, und daß wir immer wieder bedenken, daß weder von englischer noch von amerikanischer Seite ein Schritt getan wird, der unsere Lage wesentlich erleichtern könnte, ohne daß wichtige politische Interessen diese Staaten zu einer Lockerung des Drucks auf Deutschland zwingen, und dann haben wir erst recht keinen Anlaß, uns besonders dankbar zu erweisen.

Was nun den tatsächlichen englisch-französischen Verhandlungsgang anbelangt, so scheinen die Franzosen in den nächsten Tagen nach London schriftliche Erklärungen über die verschiedenen englischen Anfragen in London abgeben zu wollen. Aber an eine bevorstehende Entscheidung, die zu einer Verständigung über die Verhandlungsbedingungen an Deutschland führen soll, scheint man innerhalb des englischen Kabinetts noch nicht zu glauben, ja es soll sogar in amtlichen Kreisen jede Hoffnung auf eine schnelle Lösung geschwunden sein. Und dabei ist noch zu beachten, daß die in maßgebenden Kreisen Englands gestellten Reparationsforderungen wahrhaftig keinen Pappentitel bedeuten. Der Vorsitzende des Verbands der britischen Handelskammern äußerte sich zur Frage der englisch-französischen Verhandlungen dahin, daß eine Verständigung über folgende Punkte nötig sei: Erstens müsse eine internationale Feststellung über Deutschlands Hilfsquellen und seine versteckten Reichtümer (1) gemacht werden, zweitens müsse man sich über eine internationale (1) Zone beiderseits (1) des Rheins — also auf deutsch über die „Neutralisierung“ des Rheins und rechten Rheinufergebiets verständigen und zitiert sei die Beschlagnahme der deutschen Zolleinkünfte und Erhebung von Einfuhrzöllen, in Gold zahlbar, notwendig. Durch letztere Maßnahme will man natürlich Deutschland unter finanzielle und wirtschaftliche Kontrolle stellen. Aus diesen englischen Bedingungen geht hervor, daß die maßgebenden Kreise Englands die „Neutralisierung“ des Rheinlands schon fest in den Rahmen ihres Verständigungsprogramms eingestellt haben, und es wird jetzt wohl auch nur noch darüber verhandelt, ob Frankreich auf der militärischen, oder richtiger gesagt kriegerischen Befehle des Ruhrgebiets bis zur völligen Bezahlung der deutschen Reparationsschuld besteht, oder ob es im Falle der von England betriebenen Einstellung des passiven Widerstandes gewisse Zugeständnisse macht in der englischerseits angestrebten Richtung, die militärische Befehle „unsichtbar“ zu machen. Die Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Höhe der Reparationssumme sind, wie von französischer Seite schon verschiedentlich unumwunden zugegeben worden ist, gar nicht grundsätzlicher Natur, ja sie sind vollständig in den Hintergrund gedrängt worden durch das weitgehende deutsche Angebot, und die Franzosen benötigen die Frage nur noch als plumpes Mittel zur Stimmungsmache. Die ganze Frage liegt also heute noch vollständig in der Sphäre und Atmosphäre der Politik, und wird sich wohl kaum aus dieser herausbringen lassen. Die Franzosen wollen eben nicht nur „Entschädigungen“ für die zerstörten Gebiete und die Kriegführung und deren Folgen überhaupt, sondern sie wollen über das Versailler Diktat hinaus „Sicherungen“, die in ihrer Wirkung nicht nur auf die Abtrennung des Rheinlands und Saargebiets, sondern auf die dauernde Ausschaltung Deutschlands als politischen und wirtschaftlichen Machtfaktor hinzielen. Wir müssen uns aber auch klar darüber sein, daß die heutigen Alliierten Frankreichs im Grunde genommen mit einer solchen Tatsache auch nicht unzufrieden wären, daß sie aber andererseits das Risiko nicht teilen wollen, das eine solche Politik Frankreichs mit sich bringt. Und deshalb ist nur immer wieder zu sagen: Keine kriegerische Hoffnung auf die Meinungsverschiedenheiten der Alliierten unter sich! Nur die Zusammenfassung aller inneren Kräfte, die guten Willens sind, und Rückstellung aller Sonderinteressen kann uns in diesem ungleichen Kampfe gegen unsere Existenz retten!

Der Völkerbundsrat und das Saargebiet.

Scharfe Angriffe

gegen den Präsidenten der Regierungskommission.

Genf, 6. Juli. Das Völkerbundssekretariat gab nach Schluß der heutigen Vormittagsitzung folgendes amtliche Communiqué über das Verhör der Mitglieder der Regierungskommission des Saargebiets aus: Der Völkerbundsrat trat heute morgen in die Prüfung der einzelnen Fragen ein, die durch die britische Denkschrift über das Saargebiet aufgerollt worden waren. Auf Einladung Lord Robert Cecil gab der Präsident der Regierungskommission, Raoult, dem Rat Auskunft über die Aufgaben der Regierungskommission, so wie sie durch den Versailler Vertrag festgelegt sind. Er gab hierauf ins Einzelne gehende Erklärungen über die Zusammensetzung der Regierungskommission, über die Bezeichnung ihrer Mitglieder, den Mechanismus und das Amtieren der Kommission, die Verteilung der Befugnisse zwischen den einzelnen Mitgliedern, das gemeinsame Arbeiten, die Stellung der französischen Mitglieder, die Zahl und die Rolle der französischen Truppen im Saargebiet, die Entwicklung der Landgendarmerie und über die Umstände, unter denen die Märzverordnung über die Aufrechterhaltung der Ordnung und der öffentlichen Sicherheit und die Maiverordnung über die Streikposten erlassen wurden. Bei dieser Gelegenheit kündigte Raoult dem Rat an, daß die Regierungskommission soeben einen Amnestieerlaß verordnet habe für alle Vergehen gegen die März- und die Maiverordnung. Der Völkerbundsrat setzte seine Arbeiten heute Nachmittag um 4 Uhr fort.

Genf, 7. Juli. In der gestrigen Nachmittagsitzung des Völkerbundsrats, die unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, sprach als erster das kanadische Mitglied der Regierungskommission des Saargebiets, Waugh, der verschiedene Fälle von Regierungshandlungen anführte, die der französische Präsident Raoult vorgenommen habe, ohne die anderen Mitglieder der Regierungskommission zu befragen. Die meisten Rechen schaftsberichte an den Völkerbundsrat seien, ohne den Mitgliedern der Regierungskommission vorgelegt worden zu sein, von Raoult, der sie selbst verfaßt habe, direkt nach Genf abgehandelt worden. — Das saarländische Mitglied Land hielt hierauf auf Brandings Aufforderung einen längeren Vortrag über seine Haltung beim Bergarbeiterstreik. Aus seinen Ausführungen geht hervor, daß er die Verordnung für durchaus gerecht hielt und daß er sich nur deshalb der Abstimmung enthielt, weil er erst seit zwei Tagen der Regierungskommission angehört und noch kein rechtliches Urteil über die Verhältnisse hatte. Das dänische Mitglied der Regierungskommission, Moltke Smitthoff, gab gestern Nachmittag keine Erklärung ab. Lord Robert Cecil legte der Regierungskommission nahe, sich als Vertreter des Völkerbunds und nicht irgendeiner ausländischen Regierung zu betraachten. Nach zweistündiger Debatte entließ der Rat die Mitglieder der Regierungskommission und zog sich zu einer vertraulichen Aussprache zurück, um den Text einer Entschließung aufzulegen. — In der geheimen Sitzung über die Ergebnisse des Verhörs der Regierungskommissionsmitglieder des Saargebiets beauftragte der Völkerbundsrat einen Redaktionsausschuß mit der Ausarbeitung eines Entschließungsentwurfes. Dieser Redaktionsausschuß kam zu keinem Ergebnis. Der Rat wird deshalb heute früh zu einer neuen öffentlichen Sitzung zusammentreten. — Es handelt sich hier wahrscheinlich um ein verstecktes Mißtrauensvotum gegen den Präsidenten der Regierungskommission des Saargebiets, den Franzosen Raoult, der im Saargebiet ohne Anhörung der Vertreter der Bevölkerung zum Zweck der Französisierung des Gebiets Verordnungen erlassen hatte, zu denen er selbst nicht einmal vom Völkerbund aus die Machtbefugnis erhalten hatte.

Die Ruhr- und Reparationskrisis.

Der Reichskanzler über die Sabotageakte.

Berlin, 7. Juli. Ueber die Unterredung des Reichskanzlers mit dem apostolischen Nuntius Pacelli geht dem Wolffbüro folgende Mitteilung zu: Nuntius Pacelli hat im Auftrag der Kurie die Sabotageakte im besetzten Gebiet zur Sprache gebracht und die Ansichten und Wünsche des Heiligen Stuhls eingehend dargelegt. In seiner Erwiderung hat der Reichskanzler darauf hingewiesen, daß es sich um Vorfälle handle, die aus der Erregung eines gepeinigten Volkes und als verzweifelte Versuche der Notwehr zu erklären sind. Die Reichsregierung sei jedoch mit dem Heiligen Stuhl darin einig, jede verbrecherische Gewaltanwendung zu verurteilen.

Seiten, 6. Juli. Wie die Blätter melden, wurde heute der päpstliche Nuntius Pacelli vom Reichskanzler zur Fortsetzung der Besprechungen empfangen. Der „Zeit“ zufolge ist es noch ungewiß, ob die Verhandlungen im Laufe des heutigen Tages zum Abschluß gelangen und eine amtliche Mitteilung veröffentlicht wird. Im Zusammenhang mit der Mission Pacellis wurden in den Blättern an die Reise des früheren Reichskanzlers Dr. Birtz nach Rom Kombinationen geknüpft. Die „Zeit“ erklärt, daß es als ausgeschlossen gelten könne, daß die Reichsregierung Dr. Birtz zu ihrem Beauftragten gewählt habe. Seiner Reise werde somit keine außenpolitische Bedeutung beizumessen sein.

Der Papst gegen die neuesten französisch-belgischen Gewaltakte.

Rom, 6. Juli. Auf die Nachricht von den strengen Maßnahmen der französischen und der belgischen Regierung in den besetzten deutschen Gebieten wegen des Eisenbahnunglücks vom 30. Juni wies die Kurie die Nuntiatoren in Paris und Brüssel telegraphisch an, bei der französischen und der belgischen Regierung Vorstellungen zu erheben und mitzuteilen, Seine Heiligkeit erwarte, daß keine Maßnahmen ergriffen würden, die zu noch stärkerer Erbitterung der Gemüter mit entsprechenden schmerzlichen Folgen führen könnten.

Poincaré über die französischen Bedingungen.

London, 6. Juli. Der Pariser Korrespondent der Times schreibt, in französischen politischen Kreisen werde erklärt, daß Poincaré auf die Parlamentsferien warte, die nächste Woche beginnen werden, da er dann für ernste diplomatische Verhandlungen die Hände frei habe. Eine diplomatische Autorität habe ihm, dem Berichterstatter, erklärt, die Hauptfrage, die manchmal aus den Augen verloren werde, sei die, ob eine gemeinsame Antwort auf das deutsche Angebot gesandt werden solle. Nach französischer Auffassung könne die einzige gemeinsame Antwort nur in der Aufforderung zur Einstellung des passiven Widerstands bestehen. Erst später dürfe dann die Prüfung der deutschen Note vorgenommen werden. Der Charakter der Ruhrbesetzung werde im Falle einer französisch-deutschen Zusammenarbeit weitgehend geändert werden, aber die Räumung dürfe nur parallel mit den deutschen Zahlungen vor sich gehen.

Die Besprechungen innerhalb der Entente.

London, 6. Juli. (Reuter.) Der französische Botschafter hatte am späten Nachmittag eine Unterredung mit Lord Curzon. Der belgische und der italienische Botschafter wurden vorher von Curzon empfangen. Einzelheiten über die Unterredungen waren bisher noch nicht zu erfahren.

Paris, 6. Juli. Ministerpräsident Poincaré hat heute vormittag den englischen und den amerikanischen Botschafter empfangen.

London, 7. Juli. Den Blättern zufolge haben gestern Abend Besprechungen zwischen Lord Curzon und dem französischen bzw. dem belgischen Botschafter wieder begonnen. Vor einer Erklärung der englischen Regierung über ihre Reparationspolitik?

Paris, 6. Juli. Die „Tribune“ veröffentlicht eine Londoner Korrespondenz, in der es heißt, es sei sehr wahrscheinlich, daß in einigen Tagen das Ministerium Baldwin mit oder ohne Zustimmung der französischen Regierung offiziell eine ungewisse und ins Einzelne gehende Erklärung über sein Reparationspolitikk abgegeben werde. Für das erste werde man nicht weitergehen, sondern neue Bemühungen machen, um eine Konferenz aller Länder über die Reparationsfrage zustandezubringen.

Der englisch-amerikanische Schuldenausgleich.

Washington, 6. Juli. Der britische Botschafter stellte gestern Bots des Vereinigten Königreichs im Betrage von 4600 Millionen Dollar dem amerikanischen Stakamt aus. Dies ist die letzte Formalität in der Angelegenheit der Fundierung der britischen Kriegsschuld an die Vereinigten Staaten.

Die französisch-belgische Gewaltpolitik.

Erneuter deutscher Protest gegen die Veranbarung der Reichsbankstellen im besetzten Gebiet.

Berlin, 5. Juli. Die deutsche Botschaft in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung folgende Note zu übergeben: Durch gewaltsame Eingriffe waren der Reichsbank bereits Mitte Mai von französischen Beamten und Militärpersonen im altbesetzten Einbruchgebiet über 30 Milliarden Mark fortgenommen worden. Unter Nichtbeachtung der von deutscher Seite dagegen gerichteten Proteste ist das gewaltsame Vorgehen gegen den Reichsbankbetrieb namentlich im Einbruchgebiet auch weiterhin fortgesetzt worden. Am 26. Mai sind französische Militär- und Zivilpersonen in die Reichsbankhauptstelle Essen eingedrungen und haben die im Tresor befindlichen Barbeträge von 92 Milliarden Mk. beschlagnahmt. Am 11. Juni hat sich der gleiche Vorfall in Dortmund wiederholt. Hier sind etwa 52 Milliarden Mk. fortgenommen worden. Dabei haben die an der Besetzung der Reichsbank beteiligten französischen Soldaten die in einem besonderen Druckraum bei der Fertigstellung von Banknoten tätigen Drucker gezwungen, die vorhandenen Bogen auszudrucken und zu schneiden. Sie haben auf diese Weise Notenformulare in einem Gesamtbetrag von 1090 Milliarden Mk. herstellen lassen und alsdann fortgenommen. Ferner wurden am 1. Juni von französischen Gendarmen in der Reichsbanknebenstelle in Mettmann unter dem Vorwand der Einziehung einer der Stadt Mettmann auferlegten Geldstrafe 77,2 Millionen Mk. aus dem Tresor und am 15. Juni in der Reichsbanknebenstelle Traben-Trarbach zwecks Eintreibung einer Geldstrafe gegen die Stadt Koblenz 270 Millionen Mk. gewaltsam entnommen. In all diesen Fällen wurden die Schlüssel zu den Tresors den beteiligten Beam-

ten mit Gewalt entzogen. Im Dortmund Fall wurden zwei leitende Beamte der Reichsbankstelle tagelang der Freiheit beraubt. Die deutsche Regierung stellt unter Hinweis auf ihre früheren Darlegungen die Rechtswidrigkeit des Vorgehens gegen die Reichsbank fest. Selbst im Kriege würde der Zugriff auf das Privateigentum der Reichsbank, deren Charakter als reines, vom Reichsfiskus unabhängiges Privatinstitut im Jahre 1922 entsprechend den Forderungen der Reparationskommission noch verstärkt worden ist, widerrechtlich sein. Gegen die dauernde Nichtachtung der klaren Rechtslage durch die französischen Zivil- und Militärpersonen legt die deutsche Regierung schärfste Verwahrung ein. Die dauernden Eingriffe drohen die infolge der Besetzung ohnedies äußerst erschwerte Aufrechterhaltung geordneter Verhältnisse im Ruhrgebiet namentlich hinsichtlich der Lebensmittelversorgung nahezu unmöglich zu machen. Die deutsche Regierung fordert die Rückgabe der fortgenommenen Beträge und behält sich selbst und der Reichsbank alle Erstattungsansprüche vor.

Die Drakonischen Strafen im Duisburger Fall bleiben bestehen!

Berlin, 6. Juli. Aus dem Ruhrgebiet wird berichtet: Heute vormittag begab sich in Duisburg eine Abordnung, bestehend aus Vertretern der Stadtverwaltung, der Justizbehörden und der Geistlichkeit in das Hauptquartier des kommandierenden belgischen Generals, um diesem das Bedauern der Bürgerschaft über die jüngste Katastrophe auf der Rheinbrücke bei Hochfeld auszusprechen und um Befreiung der Geiseln zu bitten. Der General lehnte es ab, die Abordnung zu empfangen und ließ sie durch einen Offizier erklären, daß eine Freilassung der Geiseln oder eine Erleichterung ihres Loses, sowie eine Milderung der verhängten Strafmaßnahmen nicht in Frage kommen könne. — Und dabei ist in keiner Weise etwas über die Schuld Deutscher an dem Explosionsunglück erwiesen.

Deutsche Geiseln für belgische Züge.

Paris, 6. Juli. Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf haben die belgischen Militärbehörden im Anschluß an das Eisenbahnunglück auf der Duisburger Brücke beschloffen, deutsche Staatsangehörige als Geiseln in den Zügen mitzunehmen, um dadurch neue Sabotageakte zu verhindern. In jedem Wagen der einzelnen Züge sollen ein oder zwei Deutsche als Geiseln mitfahren, und wenn trotzdem die Sabotageakte kein Ende finden, soll die Zahl der deutschen Geiseln erhöht werden. Die Havasagentur verwendet sorgfältig das Wort „Geiseln“ und spricht von Garantien, die durch die zwangsweise Mitnahme von deutschen Personen gegeben werden sollen.

Die Erdrosselung der deutschen Presse.

Düsseldorf, 6. Juli. Seit gestern sind alle Düsseldorfer Zeitungen von der Besatzungsbehörde verboten. Die von den Franzosen in deutscher Sprache herausgegebenen Zeitungen werden kostenlos verteilt. Damit ist die Bevölkerung Düsseldorfs jeder freien Meinungsäußerung beraubt und den Machenschaften des französischen Propagandabüroes wehrlos preisgegeben.

Enttäuschte Berräter!

Trier, 6. Juli. Die anfangs Mai in Trier zu den Franzosen übergetretenen Beamten in gehobener Stellung, die seinerzeit ihren Uebertritt damit begründeten, daß ihnen die deutsche Verwaltung nicht die ihrer Stellung zukommende Selbständigkeit und Bezahlung gewähre, führen schon jetzt lebhafteste Klage über ihre gedrückte Stellung im französischen Dienst. Sie mühten unter Aufsicht von französischen Beamten und Militärs arbeiten, die ihnen bezüglich dienstlicher und fachlicher Bildung weit nachhänden. Selbständigkeit und Entscheidungsbefugnis besäßen sie nicht. Verfügungen und Entscheidungen, die von ihnen angefertigt werden, würden ins Französische übersetzt und von den ihnen übergeordneten Aufsichtsbeamten stets bemängelt. Als Dienstbezüge erhielten sie die ihrer früheren Besoldungsstufe in Mark und nicht in Francs. Ihrem Antrag, auf die Elsaß-lothringischen Bahnen übernommen zu werden aus Besorgnis von kommender Zeit, ist mit dem Bemerkten abgelehnt worden, daß sie lediglich zu Dienstleistungen in Trier angenommen worden seien.

Die Danziger Frage vor dem Völkerbundsrat.

Danzig gegen die polnische Vergewaltigungspolitik

Genf, 5. Juli. Die Behandlung der Danziger Angelegenheit in der gestrigen öffentlichen Sitzung des Völkerbundsrats führte zu einem sehr energiegelassen Vorstoß des polnischen Vertreters gegen die vertragsmäßig festgelegten Rechte der Freien Stadt Danzig und gegen die Zuständigkeit des Völkerbundsrats. Die Aktion der polnischen Regierung war bereits durch eine polnische Note an den Völkerbundsrat vom 20. Juni eingeleitet worden, in der die polnische Regierung dagegen Einspruch erhebt, daß die im Versailler Vertrag festgelegten Rechte Polens auf die Gebiete der Freien Stadt Danzig in keiner Weise verwirklicht worden seien. Die Note lehnt ferner die Einmischung in die inneren polnischen Angelegenheiten ab und forderte, daß die Bestimmungen des Versailler Vertrags nunmehr in vollem Umfang durchgeführt würden. Der Präsident der Freien Stadt Danzig stellte die polnische Forderung in einer Note vom 1. Juli richtig, in der er u. a. auf die Bestimmungen des Versailler Vertrags hinweist, denen zufolge Danzig ein unabhängiger und selbständiger Staat ist. Die gestrige Debatte drehte sich um die drei folgenden wichtigen Punkte: 1. Das Verhältnis der zwischen Danzig und Polen im Jahre 1920 abgeschlossenen sogenannten Pariser Konvention zu Artikel 104 des Versailler Vertrags, den die Polen in den Vordergrund rücken und einseitig auszulegen scheinen, um die Bestimmungen der polnisch-Danziger Konvention zu um-

gehen; 2. die Zuständigkeit des Völkerbundskommissars in Danzig, an den laut Art. 89 der Konvention die Polen sich bei Unstimmigkeiten zu wenden habe, während sie sich gegenwärtig unter Umgehung des Völkerbundskommissars direkt an den Völkerbund wenden, was erst nach erfolgter Anrufung und Beschlußfassung des Kommissars zulässig ist; die allgemeinen Beziehungen zwischen Danzig und Polen, von denen polnischerseits ein völlig übertriebenes Bild entworfen wurde mit dem Zweck, daraus die Berechtigung zu einer Neuregelung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten herzuleiten. Der Berichterstatter des Rates, der Spanier Quinones de Leon, stellte sich auf den Standpunkt, daß laut Artikel 89 der Konvention die streitenden Parteien sich an den Kommissar zu wenden haben, der selbst über seine Zuständigkeit entscheide. Auch bei den von Polen gegenwärtig angeführten Streitigkeiten und Klagen sei das der einzuschlagende Weg. Eine weitere Entscheidung behielt sich der Berichterstatter bis nach Anhörung der beiden Parteien vor. Der Völkerbundskommissar in Danzig, Mac Donnel, vertrat den Standpunkt des Berichterstatters mit noch viel größerer Entschiedenheit und verweist auf die seit zwei Jahren erfolgreich geübte Praxis. Er stellte mit Nachdruck fest, daß die polnisch-Danziger Konvention auf Artikel 104 des Versailler Vertrags beruhe und beide Parteien binde, und forderte, wobei er auf die Tatsache anspielte, daß der polnische Vertreter sich in der letzten Zeit nicht mehr zu den gemeinsamen Sitzungen mit dem Völkerbundskommissar einfände, die Wahrung und Achtung seiner Rechte. Der polnische Delegierte Pluzinski, diplomatischer Vertreter Polens in Danzig, erhob in einer außerordentlich heftigen Rede zahlreiche maßlose Vorwürfe gegen die Freie Stadt Danzig und beschuldigt auch den Völkerbundskommissar, der sich mit seinen Entscheidungen in die innere Politik Polens einmische. Als Pluzinski unter der Leitung der Versammlung der Freien Stadt Danzig auch das Bestehen eines, wie er sagte, im Versailler Vertrag nicht vorgesehenen Spielfeldes vorwarf, mußte ihn der Präsident unterbrechen und darauf aufmerksam machen, daß neue Klagen zunächst an den Völkerbundskommissar zu richten seien. Präsident Sahm trat in kurzen und maßvollen Darlegungen der Haltung des polnischen Vertreters entgegen, die im Widerspruch mit den Vertragsbestimmungen stehe und stimmte den von hoher Unparteilichkeit getragenen Ausführungen des Völkerbundskommissars zu, bezeichnete die Konvention als ebenso rechtsgültig wie den Versailler Vertrag, von dem sie abgeleitet sei und erklärte, daß sie nicht ohne Zustimmung Danzigs abgeändert werden könne. Besonders nachdrücklich protestierte Dr. Sahm gegen die Mißachtung des Artikels 89 der Konvention, der ausdrücklich die Zuständigkeit des Völkerbundskommissars anerkennt. Er erinnerte daran, daß Polen genau wie jetzt auch bei den Minderheits-Verträgen schon früher über Verletzung seiner Souveränitätsrechte geklagt hat. Jeder Staat, der die Völkerbundsbestimmungen annehme, müsse doch naturgemäß etwas von seiner Souveränität aufgeben. Auf jeden Fall bedürfe Danzig dringend des Schutzes des Völkerbundes. Die von Polen eingeleitete direkte Aktion gegen Danzig unter Umgehung des Kommissars und die zahlreichen Repressalien beweisen, wie notwendig dieser Schutz sei. Sahm richtete deshalb an den Rat die dringende Bitte, den Kommissar zu ermächtigen, alle direkten Schritte Polens gegen Danzig sofort aufzuheben. Er wies auf die bedauernde Tatsache hin, daß ein Staat von 30 Millionen Einwohnern in dieser Weise gegen ein Staatswesen von 375 000 Einwohnern vorgehe und schloß mit der Bitte um schnelle Entscheidung, die allein eine weitere Verschärfung der polnisch-Danziger Beziehungen verhindern könne, sowie mit dem Ausdruck seines Vertrauens in den Völkerbund. — Lord Robert Cecil belebte die Situation durch einige gründliche Bemerkungen, auf die der polnische Vertreter nur teilweise antworten konnte. Er fragte, ob Polen denn nicht die Gültigkeit der Konvention anerkenne, die es selbst unterzeichnet habe, ob es die Wichtigkeit habe, bei angeblichen Widersprüchen sich einfach über die Konvention hinwegzusetzen und gab zu verstehen, daß bei Meinungsverschiedenheiten der Kommissar zuständig sei. Da Pluzinski in seinen Darlegungen sich auf frühere Äußerungen des japanischen Ratsmitglieds Ishii, des ehemaligen Berichterstatters über die Danziger Fragen, bezogen hatte, um nachzuweisen, daß auch er sich nicht auf die Konvention, sondern den Versailler Vertrag stütze, ergriff schließlich auch Ishii das Wort, um festzustellen, daß er sich damals nicht auf die Konvention stützen konnte, da sie erst seit 2 Tagen bestand, daß man heute wohl auf sie zurückgreifen müsse. Die Sitzung endete damit, daß der Ratspräsident und der Spanier Quinones de Leon mit der Ausarbeitung eines Resolutionsentwurfs beauftragt wurden, der heute vorgelegt werden soll.

Deutschland.

Die neuen Löhne der Reichsarbeiter.

Berlin, 7. Juli. Die gestrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der Reichsarbeiter in später Abendstunden zu einer Einigung geführt. In Ortsklasse A soll der Stundenlohn ohne Ortslohnzulage für Handwerker 8208 Mark und für ungelernete Arbeiter 7680 Mark ab 1. Juli betragen. Die Höchstlöhne der Ortslohnzulage betragen künftig 50 Prozent. Die Verhandlungen über die Bezüge der Reichsbeamten und Angestellten werden heute Vormittag geführt. Die eingeleiteten Verhandlungen über die Erhaltung des Lohnwertes sollen baldigst fortgeführt werden.

Beginn des Metallarbeiterstreiks in Berlin.

Berlin, 6. Juli. Die Streikleitung der Berliner Metallarbeiter gab heute für 60 Berliner Metallbetriebe mit rund 90 000 Arbeitern die Streikparole aus. Unter diesen Werken befinden sich fast alle Berliner Großbetriebe mit Ausnahme der A.G. Gegen 11 Uhr vormittags waren 60 Betriebe von der Arbeiterschaft stillgelegt. Die Ausführung von Notstandsarbeiten, vor allem die Bedienung der Kesselanlagen, durch die Streikenden ist sichergestellt. Für die nächsten Tage ist mit einer progressiven Ausdehnung des Metallarbeiterstreiks zu rechnen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 7. Juli 1923.

Vom Rathaus.

In der am Donnerstag stattgefundenen Gemeindeversammlung machte der Vorsitzende, Stadtschultheiß Göhner, zuerst Mitteilung über die in den letzten Tagen gemachten Anschaffungen zum Schulhausneubau. Ein großer Teil der Baumaterialien ist noch zu verhältnismäßig billigen Preisen eingekauft worden; seither gehen die Preise von Tag zu Tag unaufhörlich in die Höhe. Die Materialien werden teilweise auf einem von Zimmermann Kirchner in der Badstraße gepachteten Platz, teilweise im Schulhof, der durch die Pflasterung der Badstraße wieder frei wird, gelagert. — Dieöhne der städtischen Arbeiter sind neu geregelt worden. Die Vereinbarung, der der Gemeinderat zustimmt, gilt vom 25. Juni bis 8. Juli. — Infolge der Ernennung von Ratsschreiber Schlaich zum Verwalter der technischen Werke ist die Stelle eines Steuerratschreibers erledigt. Der Gemeinderat wählt zum Steuerratschreiber den seitherigen Stadtpflegerbuchhalter Möhner mit Anstellung in Gruppe 8. Um die dadurch freigewordene Buchhalterstelle bei der Stadtpflege haben sich 5 Verwaltungskandidaten beworben. Gewählt wurde Verwaltungskandidat Oskar Volk von Rommelshausen. — Die Badstraße soll neu gepflastert werden. Zunächst wird der erste Teil der Pflasterung vom Köpfe bis zum Rebstock in einer Länge von 110 Metern und einer durchschnittlichen Breite von 4 Metern ausgeführt werden; über die Ausführung der beiden andern Teile bleibt die Beschlussfassung vorbehalten. Die Vorlage wird in Kalksteinen, die Pflasterung selbst in Granitsteinen ausgeführt. Eingegangen sind 3 Angebote: von Pflasterermeister Stoh hier, mit einem Angebot von rund 73 Millionen Mk., von den vereinigten Pflasterermeistern von Altensteig, Wildbad und Calmbach mit einem Angebot von 61 Millionen und von Gebrüder Pfeiffer und Bauunternehmer Walz mit einem Angebot von 63 Millionen; letzterer Firma wird die Arbeit zugesprochen. Mit der Arbeit wird am nächsten Montag begonnen. Die Begleitumstände bei der Einreichung der Offerten waren sehr interessant. — Bei der Oberamtsparasse wurden zur Anschaffung von Baumaterialien Anleihen von zusammen 250 Millionen Mark unter sehr annehmbaren Bedingungen aufgenommen. Die Verwaltung der Oberamtsparasse gibt in einer Zuschrift ihrem Befremden darüber Ausdruck, daß im Gemeinderat eine unbeschränkte Kritik ihrer Bedingungen bei der Gewährung von Darlehen geübt worden sei. Der Vorsitzende stellt fest, daß die Oberamtsparasse jederzeit kulant gehandelt und der Stadt stets das weiteste Entgegenkommen gezeigt habe. Mehrere Gemeinderatsmitglieder äußern ebenfalls dieselbe Ansicht. — Einer Vereinbarung betreffend die Belohnung der Feuerwehrmannschaft der Kraftfahrprüfungen wird zugestimmt. — Ueber die Postbotensahrt Dachtel-Gehingen-Stammheim-Calw ist noch keine endgültige Entscheidung getroffen. Die Gemeinde Stammheim will den ihr angefallenen Betrag von 100 000 M nicht bezahlen, sondern nur auf 75 000 M gehen. Der Gemeinderat ist der Ansicht, daß wegen dieser Differenz die Sache nicht scheitern soll. Der Gewerbeverein wird die Angelegenheit weiter verfolgen; eine befriedigende Lösung ist in sichere Aussicht zu nehmen. — Die Vereinigten Deckenfabriken beabsichtigen am Neroberg ein Doppelwohnhaus zu erstellen. Zur Befreiung der Baumaterialien ist die Verstärkung der Brücke über den Wurfbrennenbach erforderlich; der Gemeinderat gibt dazu gerne seine Zustimmung.

Die Berechnung der gesetzlichen Miete ab 1. Juli, die wir gestern veröffentlicht haben, war für Stuttgart eingestellt, die für Calw gültigen Zahlen werden am Montag vom Stadtschultheißenamt in unserem Anzeigenteil veröffentlicht werden.

Erhöhung der Unterstützung für Sozialrentner.

Mit Wirkung vom 1. Juli sind die Unterstützungen für Sozialrentner weiter erhöht worden. Es betragen die Höchstsätze für das Gesamtjahreseinkommen für Invaliden oder Altersrentner 4 320 000 M, für Witwen- oder Witwerrentner 3 888 000 M, für Waisenrentner 2 160 000 M, Kinderzuschläge 900 000 M, Gattenzulage 900 000 M. Die Freigrenze für das Arbeitseinkommen ist 4 320 000 M, die Freigrenze für andere Bezüge 1 296 000 M jährlich. Die beschleunigte Auszahlung der erhöhten Bezüge ist angeordnet.

Unterbringung Ausgewiesener in Württemberg.

Die Ausweisungen von Eisenbahnbeamten und ihren Familien aus dem Einbruchs- und dem besetzten Gebiet nehmen einen außerordentlichen Umfang an. Besonders aus Rheinheffen müssen täglich Hunderte von Familien ihre Zuflucht im unbefestigten Gebiet suchen. Die Ausgewiesenen können nur mitnehmen, was sie in der Hand zu tragen vermögen; der Hausrat wird beschlagnahmt. Ein Zug von Männern, Frauen mit Säuglingen und weinenden Kindern, von Alten, Kranken und Gebrechlichen strebt Darmstadt zu, wo die erste Unterkunft und Fürsorge geboten wird. Ehrenpflicht der unbefestigten Reichsstelle ist es, diesen Opfern ihrer Pflichttreue und deutschen Gesinnung herzlichen Empfang, Obdach und Verpflegung zu gewähren. Die Bevölkerung Württembergs, das bis heute von dem französischen Einbruch mit all seinen Schrecknissen verschont blieb, kann ihren Opfermut und ihre Mitarbeit an dem großen vaterländischen Werk der Hilfeleistung für die Ausgewiesenen nur beweisen, indem sie ihre Herzen und ihre Wohnstätten den gewaltsam Vertriebenen weit öffnen. Schon ist es gelungen, dank dem Zusammenwirken der staatlichen und städtischen Behörden und der Einwohnerschaft, in Heilbronn Aufnahmemöglichkeiten zu schaffen für die Familienoberhäupter der aus Rheinheffen ausgewiesenen Eisenbahner. Im

Verlauf weniger Tage konnte in Stuttgart unter Mitwirkung der Stadt und der Heeresverwaltung ein Durchgangslager für ausgewiesene Familien errichtet werden. Der erste Familientransport wird voraussichtlich am Samstag, den 7. Juli gegen 12 Uhr von Darmstadt her in Stuttgart eintreffen und auf dem Hauptbahnhof feierlich empfangen werden. Die Familien werden von Stuttgart aus über das ganze Land verteilt. Unterkunft für den ersten Transport ist im westlichen und südwestlichen Teil Württembergs bereits sichergestellt. Der zweite Transport soll im nördlichen und nordöstlichen, der dritte im südlichen und südöstlichen, der vierte in Stuttgart und dessen weiterer Umgebung untergebracht werden. Für die Inanspruchnahme von Wohnräumen, Einrichtungsgegenständen und Verpflegung wird Vergütung aus Reichsmitteln geleistet. — Auch in den Bezirk Calw sollen nächste Woche einige Familien kommen.

Protest der Tabakwarenhändler.

Als Protestkundgebung gegen die erdrückende Notlage der Tabakwarenhändler infolge der ungeheuren Sonderbesteuerung der Tabakwaren aller Art bleiben am Montag, den 9. Juli, alle Tabakwaren-Spezialgeschäfte in Württemberg geschlossen. Gleichzeitig findet am gleichen Tage eine allgemeine Protestversammlung der Tabakwarenhändler in Stuttgart statt.

Strafbefehlsschnellverfahren.

Die Ludwigsburger Bäckerinnung hatte am 3. Juli in der „Ludwigsburger Zeitung“ bekannt gegeben, daß für ein Brötchen von jetzt ab 600 M, für ein großes Weißbrot (400 Gr.) 6000 M und für ein kleines Weißbrot (200 Gr.) 3000 M verlangt werden. Im Vergleich mit den Stuttgarter Preisen hätten nur 350 bzw. 3000 und 1500 Mark verlangt werden dürfen. Auf Veranlassung des Wucheramts und der Staatsanwaltschaft Stuttgart wurden sieben Bäckermeister am 4. Juli im Strafbefehlsschnellverfahren wegen Teilnahme an Preissteigerungsverabredungen und Aufforderung zum Preiswucher vom Amtsgericht Ludwigsburg mit je 1 Million M. bestraft. Gegen den Strafbefehl haben die Beschuldigten Einspruch eingelegt. Nachdem die Stuttgarter Bäcker nunmehr ähnliche Preise verlangen, ist auch in Stuttgart ein Verfahren eingeleitet worden.

Wetter für Sonntag und Montag.

Die Luftdruckverteilung ist unverändert. Am Sonntag und Montag ist trockenes und warmes Wetter zu erwarten.

Das Turnfest des Nagoldgaues.

Ehhausen, 5. Juli. In allen Teilen gelungen ist das heurige Gauturnfest. Es ist schön gewesen. Das war wohl der Gesamteindruck der Veranstaltungen vom 30. Juni, 1. und 2. Juli. Und das ist gut so, als Lob für den festgebenden Verein und als Dank an die zahlreich erschienenen Weturner und Turnerinnen. Der hiesige Turnverein wollte die Feier seiner 25jährigen Gründung in erster Stille begehen. Den Anlaß hiezu bildete die Begrüßungsfeier im Gemeindehausaal, der trotz seiner Geräumigkeit kaum ausreichte, die Festgäste alle zu fassen. Aus allen Darbietungen des Abends in Poesie und Prosa, in Musik und Rede klang der Ernst der Zeit, die Notlage unseres Volkes und die Notwendigkeit, uns durchzuringen und uns selbst zu helfen durch Bedung der Liebe zu Haus und Hof, Heimat und Vaterland. Am 1. Juli riefen die Klänge der Nagolder Musikkapelle und die Böller des Ebhauser Militärvereins die Schläfer wach. Schon um halb 6 Uhr stellten sich die Weturner, -turnerinnen, Kampfrichter und Riegeführer auf dem wundervoll an der Nagold gelegenen, von Obstbäumen überschatteten Festplatz auf, um den edlen Streit zu wagen. Es wurde viel und wurde Gutes geboten und manchmal wurde den Kampfrichtern ihre schwere Aufgabe nicht gerade leicht gemacht. Auch die Vereinsriege boten großartige Leistungen. Angenehm berührte es die Turner und Turnerinnen des Nagoldgaues, daß der Kreis Schwaben durch den Schriftleiter des Turnblattes, Herrn Gewerbeschulrat Hegeler, Cannstatt, vertreten war, der sich anerkennend über die Leistungen der „Schwarzwälder“ aussprach. Wenn auch der Wettergott gerade zur Zeit des Festzugs seine mürrißige Maske aufgezogen hatte, so hatte er doch ein Einsehen mit uns Turnern. Der Festzug kam trockenen Fußes auf dem Festplatz an, wo sich sofort ein reges turnerisches Leben abspielte. Sowohl die Freiübungen der Turner als der Turnerinnen wurden in schönem Gleichmaß abgewickelt. Sie können als gut bezeichnet werden. Auch die Musterriege nach München stellte sich vor, deren Leistungen wurden allgemein bewundert. — Ueber die Preisverteilung, welche durch den Gauvertreter, Verwaltungsaktuar Staudenmeyer-Calw, vorgenommen wurde, werden wir am Montag eingehend berichten.

Vom Landtag.

(Stuttg.) Stuttgart, 6. Juli. Der Landtag wird am Dienstag, 10. Juli, wieder zusammentreten. Auf der Tagesordnung stehen 14 kleine Anträge, die Zuständigkeit der Gemeindegerichte, Wasserkraftanlagen, Nachtrag zum Staatshaushaltsplan, Darlehen an den Webschulverein Reutlingen, Wohnungsabgabe und Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus, endlich Anträge zur strafrechtlichen Verfolgung von Mitgliedern des Landtags.

Bad Liebenzell, 6. Juli. Der diesjährige Kurbetrieb litt bis Ende des vorigen Monats unter der Angunst der Bitterung. Die Zahl der Kurfernden ließ zu wünschen übrig und die verschiedenen Veranstaltungen hatten durchweg einen schlechten Besuch aufzuweisen. Die Daseinsberechtigung des Kurortes wurde durch die Regenperiode der letzten Wochen schlagend bewiesen, wenn sie überhaupt noch zu beweisen war. Wie angenehm war es, in dem prächtigen Saale zu sitzen und den Klängen der

Kurkapelle zu lauschen oder das Spiel auf der Bühne zu verfolgen, während draußen Regen und Wind garstiges Wetter machten. Die Hauptferienzeit hat, zugleich mit dem besseren Wetter, mit dieser Woche eingesetzt. Die Kurverwaltung ist bestrebt, reiche Abwechslung in den verschiedensten Veranstaltungen zu bieten. Dreimal wöchentlich spielt das Theater. Am Sonntag kamen „360 Frauen“, am Mittwoch „Liebele!“ heraus. Die einzelnen Rollen ließen gute Kräfte erkennen und das Ganze eine sichere Spielleitung verspüren. Den guten Eindruck des Spiels erhöht die schöne Bühne, deren vorzüglichster Beleuchtungsapparat noch stärkere Verwendung finden könnte. Wie schon mehrfach betont, sind die akustischen Verhältnisse des Saales ganz ausgezeichnet. Dies zeigte sich im besonderen wieder in dem Vortragsabend des Münchener Heinz Steinberg am letzten Dienstag. Ein „Heiterer Abend“, dessen heitere Stimmung leider am Anfange durch den bedauerlich schlechten Besuch beeinträchtigt wurde, und als man anfing warm zu werden, war Schluß. Der Abend wäre eines besseren Besuchs wert gewesen. Verräglich dabei ist, daß mit dem Besuch solcher Veranstaltungen, insbesondere auch des Theaters, von Hirsau und Calw her nicht weiter gerechnet werden kann, weil die Eisenbahnverwaltung sich nicht dazu verstehen will, den Zug 937, Pforzheim ab 9 Uhr, später zu legen. Einem wirklichen Bedürfnisse, besonders während der gegenwärtigen Kurzeit, würde auch entsprochen, wenn der Elzug 386, Calw ab 5.44 mittags, in Liebenzell halten würde. Es wäre wirklich kein Ueberfluß, wenn zwischen 2.42 und 8.13 werktags noch eine Zugverbindung nach Pforzheim bestände. Das sind nicht bloß Liebenzeller Wünsche, sondern daran dürfte auch Calw wesentlich interessiert sein. — Am Freitag, den 13. Juli, veranstaltet die Schule Herion aus Stuttgart im hiesigen Kurort einen Tanzabend. Die Schule Herion ist mit ihrem Ensemble schon in den bedeutendsten Städten Deutschlands (Berlin, Baden-Baden, Karlsruhe, Köln, München, Wildbad usw.) mit hervorragendem Erfolg aufgetreten und dürfte deshalb auch der bevorstehende hiesige Abend einen erlesenen künstlerischen Genuß versprechen.

(Stuttg.) Schramberg, 6. Juli. Im Schapbach stürzte die Ehefrau Walburga Weiß vom Heuwagen. Die Räder des Wagens gingen ihr über den Kopf, der zerdrückt wurde, so daß der Tod sofort eintrat.

(Stuttg.) Rottweil, 6. Juli. Beim Baden im Neckar ist unterhalb der Reparaturwerkstätte der 28 Jahre alte ledige Hilfslokomotivführer Friedrich Lindner aus Ulm ertrunken. Er scheint in eine tiefe Stelle geraten und des Schwimmens unfähig gewesen zu sein.

(Stuttg.) Laichingen, 6. Juli. Während hier die Maul- und Klauenseuche infolge Abschachtens des von der Seuche befallenen Stück Viehs als erloschen angesehen werden kann, hat sie im benachbarten Feldbetten an Ausdehnung zugenommen. Die sommerliche Wärme soll der Ausbreitung der Seuche förderlich sein.

(Stuttg.) Ellwangen, 6. Juli. Der Goldschmied und Kommissionsär Wendsch von Gmünd war wegen unerlaubten Verkehrs mit ausländischen Zahlungsmitteln vom Schöffengericht zu 4 366 000 M Geldstrafe verurteilt worden. Ein gleicher Betrag wurde als Wert der ausländischen Zahlungsmittel eingezogen. Wendsch hatte einen Familienschmuck veräußert und aus dem Erlös ausländische Zahlungsmittel verschafft. Die Strafkammer hielt eine Geldstrafe von 1,5 Millionen M für genügend und hob die Einziehung des Wertes auf, da diese nur verfügt werden kann, wenn die Devisen dem Täter gehören, während sie Wendsch lediglich für seinen Auftraggeber erworben hatte.

(Stuttg.) Crailsheim, 6. Juli. Der Verwaltungskandidat Fritsch Otterbach hat einen jungen Mann namens Kirschbaum durch rasche Entschlossenheit vom Tode des Ertrinkens gerettet.

(Stuttg.) Satteldorf, Crailsheim, 6. Juli. Das Schloss Burleswagen samt Gütern und Wald wurde von dem seitherigen Besitzer Oberstleutnant Mörike um den Preis von 4 000 000 M an Fabrikant Thorban in Fronau verkauft.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar hatte gestern den Stand von 173 000 Mark erreicht, der Schweizer Franken galt entsprechend 30 475 M.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(Stuttg.) Stuttgart, 6. Juli. Die Zahlen verstehen sich alle in Tausenden: Der Dollar wird aus Berlin mit 175 gemeldet. Eine neue Hauffe hat begonnen. Unlimitierte Kaufaufträge und hochlimitierte Verkaufsaufträge sorgten für eine gewaltige Steigerung der Kurse. Die Aktien der Harmonikafabrik Andreas Koch in Trossingen wurden mit 500 eingeführt und gleich stark rationiert. Von Banken zogen an Vereinsb. + 17. Unter den Textilwerten sind zu nennen: Erlangen + 10, Unterhausen + 30, Bietigheim + 100, Kolb u. Schüle + 80. Auch die Brauereien waren sehr fest: Ravensburg + 16, Reitenmeyer-Tivoli + 60, Rottweil + 20, Württ.-Hohenz. + 40, Wulle + 25. Von Maschinen- und Metallaktien erwähnen wir Daimler + 85, Tuttingen + 109, Hohner + 140, Jungbans + 150, Laupheim + 200, Magirus + 20, Eplingen + 50, Hesser + 50, Weingarten + 25, Neckarjulf + 91. Von sonstigen Papieren hörten wir: Seidelberger Cement + 85, Bad. Anilin + 80, Bremen-Besig. + 100, D. Verlag + 80, Kaiser Otto + 50, Anorr + 100, Köln-Rottw. + 150, Krumm + 25, Stuttg. Maß + 70. Auch der Fretverkehr war sehr stark belebt und hatte eine stürmische Hauffe, so sind Schwabenmöbel + 18, Ludwigsburger Metall + 25, Fischelgold + 18.

Stadtgemeinde Calw.
 Zu dem am nächsten Mittwoch, den 11. Juli 1923
 stattfindenden
**Krämer-, Pferde-,
 Vieh- u. Schweine-
 Markt**
 ergeht Einladung.
 Die seitherigen Zulassungsbestimmungen für den Vieh-
 markt sind zu beachten.
 Calw, den 5. Juli 1923.
 Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Althengstett.
**Nadelstamm-
 holz-Verkauf.**

Am Montag, den 9. Juli 1923 nachmittags 1 Uhr
 kommen aus den Gemeindeforsten im schriftlichen Auf-
 streich zum Verkauf
**38,23 Fm. I., 40,45 Fm. II., 23,04 Fm. III. Kl.
 zusammen 101,72 Fm. Fichten und Tannen.**
 Angebote zu den Landesgrundpreisen vom 1. November
 1922 sind bis Montag, den 9. Juli 1923 nachmittags 1 Uhr
 beim Schultheißenamt einzureichen.
 Das Holz ist in 2 Lose eingeteilt, Auszüge erteilt
 Waldmeister Breitling hier.
 Gemeinderat.

**Obstmühlen
 und Pressen**
 in schöner stabiler Ausführung
 liefert in verschiedenen Größen
Wilh. Wackenhuth
 Biergasse Fernsprecher 142.

Ziehungsbeginn nächsten Dienstag
 Wollen Sie mühelos und mit geringen Kosten
1000 Millionen = 1 Milliarde
 erwerben? Den Weg zu Wohlstand und Reichtum
 bietet die neue
Klassen-Lotterie.
 Höchstgewinn auf 1 Doppellos
1000 Millionen
 Höchstgewinn auf 1 ganzes Los
500 000 000
 Je 2 Gewinne und 2 Prämien zu
200 000 000
 u. **100 000 000**
 Auf ca. 2 1/2 Lose 1 Gewinn.
 1 Achtel 1 Viertel 1 Halbes 1 Ganzes 1 Doppellos
 1250 2500 5000 10000 20000 Mk.
 Zustellungsgebühr 100 M. extra. Versand auch ins Ausland.
J. Schweickert Württembergische **Stuttgart**
 Lotterie-Einnahme Marktstrasse 6.
 Postcheckkonto Stuttgart Nr. 8111. Fernspr. 1921.
 Hier bei: **W. Winz, Friseur.**
 Nur 200 facher Friedenspreis!

Viehverkauf.
 Es steht von kommenden Montag,
 von morgens 10 Uhr ab
**ein großer Transport
 Schaff-
 Ochsen**
 in unserer Stallung
in Nellingen
 wozu Kaufliebhaber zum Kauf und Ge-
 gentausch freundlichst eingeladen werden.
Glas und Ludwig Schwarz,
 Nellingen.

Achtung! Landwirte! Achtung!
 Empfehle den Marktbesuchern zu noch günstigen Preisen:
**Backmehlmühlen - Schrotmühlen
 Rübenmühlen - Dreschmaschinen
 Mähmaschinen - Sämaschinen
 Ulmer Pflüge - Zentrifugen
 komplette Mostereien
 sowie Kreisfägen**
Hermann Dill, Calw.
 Kauft nur Lanzmaschinen! Kauft nur Lanzmaschinen!

W. Forstamt Hirsau.
**Nadelstammholz-
 Verkauf**
 im schriftlichen Aufstreich.
 Aus Staatswald Weckenhardt
 Altbürgerberg u. Lützenhardt
 297 Fo. mit Fm. Langholz:
 40 L., 79 II., 80 III., 47 IV.,
 15 V., 1 VI. Kl. Sägholz:
 6 I., 15 II., 3 III. Kl. 2186
 Fa. mit Fm. Langholz:
 427 I., 839 II., 599 III., 180 IV.,
 97 V., 16 VI. Kl. Sägholz:
 73 I., 78 II., 20 III. Klasse.
 Schriftl. Gebote bis spätestens
 Dienstag, den 17. Juli,
 nachm. 1 Uhr ans Forstamt.
 Eröffnung der Gebote 1 1/2 Uhr
 im „Röhle“ in Hirsau. Los-
 verzeichnisse und Angebots-
 vordrucke von der Forst-
 direktion G. f. S. Stuttgart.
 Gewandtes, ehrliches, sauberes

**Allein-
 Mädchen**
 das im ganzen Hauswesen
 erfahren, nach Frankfurt
 a. M. zu 3 Personen per
 1. August (eventuell früher)
 gesucht.
 Vorzustellen bei
Emil Desterlin, Hirsau.

Altburg.
 Für kleinere Familie (2
 Kinder) wird ein im Haus-
 halt etwas erfahrener
Mädchen
 gesucht.
 Eintritt wenn möglich sofort.
 Lehrer **Schnaitmann.**

Wenig getragenem
Anzug
 für jüngere Person (18 bis
 20 Jährig) billig zu verkaufen.
 Hirsau, Pleischenau 12.

Turnverein Calw
 Montag abend
**Turn-
 Versammlung.**
Zugelaufen
 ein weißgrauer
Schnauzer.
 Abzuholen innerhalb 3 Tagen
 gegen Einrückungsgebühr.
Matthäus Bauer,
 Altburg.

**Wohne wieder
 im Schießberg.**
Elise Wacker,
 Leichenfrau.

Kriegsnotgeld
 zu haben
 Calw, Metzgerstraße 335.

**Ullstein-
 Schnittmuster**
 Zu beziehen durch
Friedrich Häussler
 Buchhandlung
 Fernsprecher 61 an der Brücke

Ostertag - Rassenchränke
 kurzfristig lieferbar
Georg Röbele, Nagold, Fernspr.
 126.

Wenn Prospekte, Kataloge, Rund-
 schreiben usw. einen noch so ge-
 schickt abgefassten Text aufweisen,
 so erfüllen sie ihren Zweck doch
 nur dann erst voll und ganz, wenn der Buch-
 drucker seinen Teil zur packenden Herstellung mit
 dazu beiträgt. Wirkungsvolle Ausstattung der
Reklame-Drucksachen
 bedingt darum stets ihren Erfolg! Wirklich
 zweckentsprechende Drucksachen aller Art bei
 billiger Preisen und sorgfältiger Ausführung
 liefern wir in denkbare kürzester Frist. ///
U. Oelschläger'sche Buchdruckerei
 Fernsprecher 9 Calw Lederstraße 151.

Statt Karten.
Fritz Kohler
Klara Kohler
 geb. Gläfer
 Vermählte
 Calw, 7. Juli 1923.

Lichtspieltheater Badischer Hof
 Morgen Sonntag mittag 3 Uhr und abends 8 Uhr
Beichte einer Ausgestossenen
 Die Erlebnisse einer Kammerzofe.
 Als Einlage: **Eddi Polo:**
Mit Büchse und Lasso
 Wildwest-Abenteuer in 6 Akten.
Doppel-Programm.

**Kur-Unterhaltungen
 in Bad Liebenzell
 vom 8.-14. Juli 1923:**
 Sonntag, den 8. Juli 4-6 Uhr:
 Konzert in den Kuranlagen;
 Dienstag, den 10. Juli:
 Konzertabend, anschließend Reunion;
 Donnerstag, den 12. Juli 8-10 Uhr abends:
 Abendkonzert in den Kuranlagen;
 Freitag, den 13. Juli 8 1/2 Uhr abends:
 Tanzabend der Schule Herion aus Stuttgart;
 Sonntag, Mittwoch und Samstag:
 Theatervorstellungen.

Gebrauchtes
Rollbahnmateriale
 Gleis, Schienen, Weichen, Drehscheiben und
 Kippwagen, auch reparaturbedürftiges Material,
 kauft fortlaufend
Weidner und Mann, Stuttgart,
 Villastraße 4 a Fernsprecher 9031.

Suche zum sofortigen Eintritt ev. in 14 Tagen
**2 tüchtige
 Finiererinnen**
 für Taschen. Solche, welche höchste Bezahlung
 beanspruchen können, wollen sich melden bei
**Julius Möller, Metallwarenfabrik,
 Wildberg.**

Alle Musikinstrumente
 für Haus und Orchester von
 den einfachsten Schülern bis
 zu den feinsten Künstler-
 Instrumenten, aller Zubehör,
 Saiten u. s. w. in reichster
 Auswahl empfiehlt
Musikhaus Eurtz,
 Wörzheim, Leopoldstr. 17
 Raadenrieder-Rohrbüchle
 Großhandlung Einzelverkauf u.
 Ausführung aller Reparaturen
 und Stimmen.
 Ankauf alter Geigen u. Celli.

**Kaufe
 Felle aller
 Art**
Jakob Eberhardt,
 Badstraße 342.

Vertreter gesucht
 Führende Hamburger
Salzgroßhandlung
 sucht für den hiesigen
 Bezirk nachweisbar gut
 eingeführten Vertreter zu
 besonders günstigen Be-
 dingungen. Auswärtige
 Angebote unter S. B.
 1449 an die Invaliden-
 dank-Ann.-Expedition
 Stuttgart.

**FOCHTEN-
 BERGER'S
 Cölnisches
 Wasser**
 Erfrischend und nerven-
 stärkend: Zu haben in
 allen einschl. Geschäften
 Hersteller:
Joh. Chr. Fochtenberger,
 Heilbronn a. N.

Gluckhenne
 mit 9
 Jungen
 verkauft
Limberger, Neuhengstett
 Ca. 1800 Liter
Apfelmost
 sofort zu kaufen gesucht.
Seyfried & Luz,
 Sägewerk,
 Bad Teinach.